



Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für die berufsbildenden Schulen
am Mittwoch, dem 06.11.2019, 15:00 Uhr,
im Konferenzraum der Berufsbildenden Schulen des Landkreises
Nienburg/Weser
Berliner Ring 45, 31582 Nienburg**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:02 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau

Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe

Frau KTA Gerlinde Harms-Hentschel, 31592 Stolzenau

Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe

Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmßen

Herr KTA Johann Hustedt, 27318 Hilgermissen

Frau Claudia Keil, 30159 Hannover

ab 15:15 Uhr

Frau KTA Heidrun Kuhlmann, 31628 Landesbergen

Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg

Herr KTA Lukas Schneider, 31609 Balge

Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald

Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

Herr Tilman Groeneveld, 31582 Nienburg/Weser

Herr Wilfried Kriemelmeyer, 31618 Liebenau

Vertretung für Herrn
Horst Bruhnke

Beratendes Mitglied

Herr Michael Kuhlmann, 31582 Nienburg

Zuhörer

Herr KTA Detlef Klabunde, 31582 Nienburg

Verwaltung

Herr Mark Härtel,

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein,

Frau KVR Sandra Schulz,

als Protokollführer

Schule

Herr Stellvertr. Schulleiter Harald Fleetjer,

Frau OStD'in Sabine Schroeder,

Der Vorsitzende KTA Plate eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für berufsbildende Schulen, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für die berufsbildenden Schulen vom 07.11.2018
- TOP 2: Jahresabschluss 2018 für die Berufsbildenden Schulen **2019/039**
- TOP 3: Mittelanmeldungen für den Haushalt 2020 für die BBS Nienburg **2019/163**
- TOP 4: Entwicklung der Geburtenzahlen/Melddaten im Landkreis Nienburg/Weser (Stand 30.09.2019) und amtliche Schulstatistik für das Schuljahr 2019/20 für die berufsbildenden Schulen **2019/170**
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 5.1: Mitteilungen/Anfragen;
hier: Mitteilung zur Jugendberufsagentur
- TOP 5.2: Mitteilungen/Anfragen;
hier; Anfrage zum Sachstand Bildungscampus
- TOP 5.3: Mitteilungen/Anfragen;
hier: Einrichtung einer Fachschule Sozialpädagogik in Teilzeit
- TOP 5.4: Mitteilungen/Anfragen; hier: Mitteilung zur Einführung der Berufsfachschule Altenpflege
- TOP 5.5: Mitteilungen/Anfragen; hier: Mitteilung zum Ausbildungsgang Berufskraftfahrer
- TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Plate	gez. Härtel	gez. Klein
Kreistagsabgeordneter	Verwaltungsfachwirt	Erster Kreisrat



Protokoll zu TOP 1

06.11.2019

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für die berufsbildenden Schulen vom 07.11.2018

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das Protokoll vom 07.11.2018 wird genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Es fand keine Beratung statt.



Protokoll zu TOP 2

2019/039

06.11.2019

Jahresabschluss 2018 für die Berufsbildenden Schulen

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Ausschuss für die berufsbildenden Schulen nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Verwaltungsfachwirt Härtel trägt den Sachverhalt vor.



Protokoll zu TOP 3

2019/163

06.11.2019

Mittelanmeldungen für den Haushalt 2020 für die BBS Nienburg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Ausschuss für berufsbildende Schulen stimmt den Mittelanmeldungen zu.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Verwaltungsfachwirt Härtel stellt den Sachverhalt vor. Er bittet die Kennzahl „Schüler/innen“ des Jahres 2018 auf 2.638 zu ändern. Durch die Buchung der internen Leistungsverrechnung, bei der die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der Verteilungsschlüssel sei, ist im Produktplan ein fehlerhafter Wert ausgewiesen worden. Ferner wird erläutert, dass die Darstellung der Mittel für den Digitalpakt mit einer extra Maßnahme erfolgen müsse und die Einnahmen dort aufgeführt werden müssten, da ansonsten die Förderbedingungen nicht eingehalten würden und keine Fördermittel erhalten werden können.

Auf Nachfrage von KTA Hustedt, wie der Anstieg der Zuwendungen und allgemeine Umlage (Zeile 2) zu erklären sei, entgegnet Verwaltungsfachwirt Härtel, dass der Wert an die tatsächlichen Verhältnisse (Ergebnis 2018) angepasst worden seien.

OStD'in Schroeder erläutert, dass der Entwurf des Haushaltes aus ihrer Sicht eine Kürzung des Etats der BBS um 25.000 € enthalte. Sie führt aus, dass die Schule bisher in EDV investiert habe und das Mobiliar nachrangig beschafft werde. Durch die Mittel des Digitalpaktes sei die Hoffnung dagewesen, dass die Schule nun in Mobiliar und andere notwendige Ausstattung investieren könne, da die Mittel des Digitalpaktes für zusätzliche Maßnahmen zu verwenden seien.

KVR Schulz entgegnet, dass dies keine Kürzung darstelle, da die Mittel weiterhin zur Verfügung stünden. Sie betont, dass zur Einhaltung der Förderrichtlinie die Einzahlungen im Haushalt geplant werden müssten. Weiter führt sie aus, dass für das nächste Jahr die Schwierigkeit bestanden hätte, dass noch keine Maßnahmen be-

nannt werden konnten, da noch keine konkreten Planungen vorlägen. Fraglich sei zum Beispiel, ob der Neubau des A-Traktes zeitlich so fertiggestellt werden könne, dass eine Abrechnung über den Digitalpakt noch möglich wäre. Sie stellt ferner fest, dass Mehreinzahlungen zu Mehrauszahlungen berechtigen würden und so weitere Mittel aus dem Digitalpakt zur Verfügung gestellt werden könnten. Abschließend wird die Auffassung vertreten, dass das von OStD'in Schroeder favorisierte Verfahren eine Budgeterhöhung darstelle, die nicht durch die Budgetierungsvereinbarung gedeckt sei.

Herr Groeneveld befürchtet, dass keine Gelder aus dem Digitalpakt fließen würden, da mit den angestrebten Maßnahmen lediglich der Status Quo gehalten werde und keine zusätzlichen Maßnahmen umgesetzt werden würden.

EKR Klein führt aus, dass die Gelder aus dem Digitalpakt dem Landkreis Nienburg/Weser in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung stünden. Er plädiert für eine sorgfältige Planung, für welche Maßnahmen die Gelder in den nächsten fünf Jahren genutzt werden sollten.

KVR Schulz stellt klar, dass nach Rücksprache mit der Niedersächsischen Landes-schulbehörde die Zusätzlichkeit gegeben sei, wenn der technische Stand der anzuschaffenden Gegenstände ein neuerer sei als bisher.

KTA Sommerfeld stellt fest, dass die Förderrichtlinie durch die Zusätzlichkeit eine Budgeterhöhung erfordere.

KVR Schulz entgegnet, dass die Budgeterhöhung dann aber nicht für Möbel genutzt werden sollte.

EKR Klein bekräftigt nochmals, dass die Separierung des Digitalpaktes erforderlich sei, um Mittel aus dem Digitalpakt zu erhalten. Die 25.000 € seien nicht gesetzt, sondern stellten lediglich einen Platzhalter da. Der Landkreis habe ein Interesse dass eine Refinanzierung der Maßnahmen erfolgt.

KTA Werner fasst zusammen, dass die Darstellung im Haushalt erforderlich sei, um einen Titel für die fördermittelgewährende Stelle zu haben. Er fragt, ob eine Beibehaltung der 172.600 € und eine Zurverfügungstellung der 25.000 € aus dem Digitalpakt möglich sei.

KVR Schulz entgegnet, dass die Verwaltung davon ausgegangen sei, dass bei Abschluss der Budgetierungsvereinbarung auch die Maßnahmen der Schule zur Digitalisierung in die Berechnung des Budgets eingeflossen seien.

KTA Sommerfeld stellt fest, dass durch die Darstellung der Verwaltung das Ziel der Förderrichtlinie erreicht werde.

Herr Kuhlmann führt aus, dass in der gemeinsamen Sitzung vorgestellt worden sei, dass der Bedarf 2 Mio. € betrage und dem Landkreis jedoch 3,5 Mio. € zur Verfügung stünden und stellt fest, dass die weiteren 1,5 Mio. € nicht verloren gingen.

OStD'in Schroeder führt zurück auf die ursprüngliche Thematik. Sie hinterfragt, was mit den eingesparten 25.000 € passiere, die der BBS nicht zur Verfügung gestellt

würden. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Ausstattung der Schule mit WLAN.

EKR Klein entgegnet, dass die dargestellte Problematik alle Schulen des Landkreises betreffe.

KTA Heineking hinterfragt, ob diese Umschichtung nur in diesem Jahr erfolge und was passiere, wenn die Mittel nicht in vollem Umfang für den Digitalpakt verwendet werden könnten.

Verwaltungsfachwirt Härtel führt aus, dass die Mittel grds. deckungsfähig seien und mit einem Einzelbeschluss des Gremiums die Mittel umgewidmet werden könnten, da dann die eingeplanten Einzahlungen entfielen.



Protokoll zu TOP 4

2019/170

06.11.2019

Entwicklung der Geburtenzahlen/Melddaten im Landkreis Nienburg/Weser (Stand 30.09.2019) und amtliche Schulstatistik für das Schuljahr 2019/20 für die berufsbildenden Schulen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVR Schulz erläutert die Meldestatistik.

Stellvertretender Schulleiter Fleetjer erläutert die Schulstatistik. Er führt aus, dass zur Zeit 2.645 Schülerinnen und Schüler die Schule besuchten und die Zahl damit gestiegen sei. Er führt auch aus, dass einige Bildungsgänge problematisch seien, da die Anmeldezahlen zu geringe seien. Er macht dies am Beispiel der Bäcker deutlich. Dort wurden lediglich ein Ausbildungsvertrag für das Bäckerhandwerk, sowie 4 Ausbildungsverträge für den Bäckereifachverkauf angemeldet. Die Mindestgröße liege bei sieben, damit der Schule 80 % der Lehrerstunden zugewiesen würden. Ab 14 würden 100 % zugewiesen.

OStD'in Schroeder ergänzt, dass in einigen Ausbildungsberufen mit Rückgängen gerechnet werden müssten und im Jahr 2020 Abiturienten fehlten. Sie hofft, dass in diesem Jahr Sonderregelungen für die Klassenbildung gelten.

KTA Werner ergänzt, dass das berufliche Gymnasium hauptsächlich Schülerinnen und Schüler der Realschule aufnimmt. Der Beschluss der Kreistages, die Realschulen auslaufen zu lassen, könne dort zu Veränderungen führen.



Protokoll zu TOP 5

06.11.2019

Mitteilungen/Anfragen

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.



Protokoll zu TOP 5.1

06.11.2019

Mitteilungen/Anfragen; hier: Mitteilung zur Jugendberufsagentur

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

EKR Klein erläutert auf die Nachfrage von KTA Werner zur Jugendberufsagentur, dass im Landkreis Nienburg die beteiligten Organisationen Agentur für Arbeit, Jobcenter und Landkreis im Rahmen dieser Thematik kooperieren, ohne jedoch eine zentrale räumliche Verfestigung anzustreben. Seit 2015 habe es verschiedene rechtskreisübergreifende Beratungsangebote im Süden und Norden des Landkreises gegeben, die jedoch sehr unterschiedlich angenommen worden seien. Inzwischen finde sich die Initiative in den regulären schulischen Strukturen der Berufsberatung wieder. Vor diesem Hintergrund hätten die beteiligten Organisationen nunmehr beschlossen, das Thema Jugendberufsagentur im Landkreis Nienburg in Form eines attraktiven Online-Portals anzugehen, wofür es bundesweit auch schon Beispiele gebe. Grundlage für die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit von Arbeitsverwaltung, Jobcenter und Landkreis sei eine Kooperationsvereinbarung für den Übergang Schule und Beruf, die erst jüngst erneuert worden sei.

KTA Werner hinterfragt, wie in dem Konzept die Geflüchteten Berücksichtigung fänden

EKR Klein verweist darauf, dass eine hohe Personenidentität derer bestehe, die sich mit dem Thema Übergang Schule und Beruf im Allgemeinen und der Begleitung der Flüchtlinge in diesem Bereich in Besonderen befassen. Insoweit sei deren Berücksichtigung sichergestellt.



Protokoll zu TOP 5.2

06.11.2019

Mitteilungen/Anfragen; hier; Anfrage zum Sachstand Bildungscampus

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Werner fragt nach dem Sachstand zum Bildungscampus, auch vor dem Hintergrund, dass sich der Ausschuss für Liegenschaften in der nächsten zu dem Thema tagt und dieses Gremium auch Mitglieder habe, die keine Kreistagsabgeordneten seien.

EKR Klein entgegnet, dass er sich auf eine Antwort zu dieser umfangreichen Frage im Vorfeld hätte vorbereiten müssen. Er verweist jedoch auf die Vorlage des Ausschusses für Liegenschaften, in dem bereits eine Vorstellung der Planungen in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für allgemein bildende Schulen und berufsbildende Schulen angekündigt worden sei, bevor in weiteren Gremien Beschlüsse gefasst würden.



Protokoll zu TOP 5.3

06.11.2019

Mitteilungen/Anfragen;

hier: Einrichtung einer Fachschule Sozialpädagogik in Teilzeit

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVR Schulz berichtet, dass das Angebot der Fachschule Sozialpädagogik ohne Beteiligung der Gremien in Teilzeit erfolgen konnte, da kein neuer Bildungsgang eingerichtet werden sollte. Der bestehende Bildungsgang sei lediglich um das Angebot der Teilzeitausbildung ergänzt worden.

OStD'in Schroeder ergänzt, dass zum Beginn des Schuljahres 26 Schülerinnen und Schüler berufsbegleitend die Ausbildung gestartet hätten. Ein Problem sei in diesem Zusammenhang noch zu lösen. Da die Schülerinnen und Schüler in einem Arbeitsverhältnis stünden, müsse die Frage geklärt werden, wie Teile des vorgeschriebenen Praktikums bei anderen Trägern absolviert werden können.



Protokoll zu TOP 5.4

06.11.2019

Mitteilungen/Anfragen; hier: Mitteilung zur Einführung der Berufsfachschule Altenpflege

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVR Schulz teilt mit, dass der Antrag zur Einrichtung einer Berufsfachschule Pflege noch immer nicht seitens der Landesschulbehörde genehmigt worden sei. Sie erinnert, dass der Bildungsgang spätestens 2020 beginnen solle. Die Verwaltung und die Schule seien aufgefordert worden, kurzfristig Rahmenlehrpläne vorzulegen. Dieses sei für keine Schule möglich, da das Kerncurriculum erst seit August 2019 bekannt sei.

OStD'in Schroeder ergänzt, dass die Einrichtung bereits 2018 als Berufsfachschule Altenpflege erfolgen sollte, bevor die Novellierung des Berufsfeldes in Kraft getreten sei. Sie bemängelt, dass die Anforderung der Landesschulbehörde kurzfristig Rahmenlehrpläne vorzulegen, die auch ein Konzept zu den Prüfungen enthalten müssten, realistisch nicht zu erarbeiten wäre. Sie führt abschließend aus, dass die umliegenden Landkreise z. T. eine Genehmigung des Bildungsganges nicht unterstützen.



Protokoll zu TOP 5.5

06.11.2019

Mitteilungen/Anfragen; hier: Mitteilung zum Ausbildungsgang Berufskraftfahrer

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

OStD'in Schroeder teilt mit, dass der Ausbildungsgang der Berufskraftfahrer nicht angeboten werden könne. Es lagen im Sommer lediglich 6 Anmeldungen vor. Für die Einrichtung des Zweiges müssten jedoch 28 Anmeldungen vorliegen.



Protokoll zu TOP 6

06.11.2019

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Es sind keine Fragen gestellt worden.